

Obamas "Krieg gegen den Terror" sei in vielen Bereichen nicht von Bushs "Krieg gegen den Terror" zu unterscheiden, meint die NEW YORK TIMES.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 045/09 – 23.02.09

Obamas und Bushs Krieg gegen den Terror scheinen sich auf einigen Gebieten sehr ähnlich zu sein

Von Charlie Savage

THE NEW YORK TIMES, 18.02.09

(<http://www.nytimes.com/2009/02/18/us/politics/18policy.html>)

WASHINGTON – Wenn sie auch auf brutale Verhörmethoden und andere sehr umstrittene Praktiken aus Bushs "Krieg gegen den Terror" verzichten will, signalisiert die Obama-Administration doch in aller Stille, dass sie andere wichtige Komponenten der Vorgänger-Regierung im Kampf gegen Al-Qaida beibehalten möchte.

In wenig beachteten Befragungen anlässlich ihrer Bestätigung gaben von Obama Ernannte erst kürzlich zu Protokoll, das CIA-Programm zur Überstellung von Gefangenen an andere Staaten ohne juristischen Grundlage fortsetzen und die unbefristete Inhaftierung von Terrorverdächtigen auch ohne Gerichtsverhandlung beibehalten zu wollen, selbst wenn diese weit von einer Kriegszone entfernt festgenommen wurden.

Die Obama-Regierung hat auch die Argumente der Rechtsabteilung Bushs übernommen, dass ein von ehemaligen CIA-Häftlingen angestregtes Untersuchungsverfahren niedergeschlagen werden müsse, weil sonst "Staatsgeheimnisse" gefährdet wären. Sie hat auch die Tür für die Wiederaufnahme der Verfahren vor der Militärkommission offen gelassen.

Als zu Beginn dieses Monats ein britisches Gericht feststellte, dass die Vereinigten Staaten Druck auszuüben versuchten, weil sie sich weigerten, Informationen über die vermutete Folter eines Häftlings in US-Gewahrsam freizugeben, bedanke sich die Obama-Administration in einem Statement bei der britischen Regierung "für ihr fortlaufendes Bemühen, sensible, die nationale Sicherheit betreffende Informationen zu schützen".

Diese und andere Anzeichen lassen vermuten, dass die von der (Obama-)Regierung angekündigten Veränderungen viel weniger gravierend sein könnten, als viele erhofft oder befürchtet haben; deshalb sind Bürgerrechtsgruppen zunehmend frustriert, während sich Unterstützer der Bush-Politik nachträglich bestätigt fühlen.

In einem Interview sagte Gregory B. Craig, der Anwalt des Weißen Hauses, dass die neue Regierung Bushs Ansichten nicht teile. Aber Craig teilte auch mit, dass Präsident Obama "Schüsse aus der Hüfte" und "Slogans von Autoaufklebern" bei seinen Entscheidungen über die ererbte Antiterror-Politik vermeiden wolle.

"Wir suchen nach einem neuen Weg, der uns weiterbringt und sowohl der Sicherheit des amerikanischen Volkes dient als auch den Regeln des Rechts genügt," sagte Craig. "Das ist die Botschaft für Bürgerrechtler und Bush-Anhänger."

Innerhalb von Tagen nach seiner Amtseinführung ließ Obama Bürgerrechtsgruppen

jubeln, als er eine Reihe von Anordnungen erließ, in denen weniger Geheimnistueri, die Verpflichtung der CIA-Vernehmer auf die einschlägigen (angeblich das Foltern verbotenden) Dienstvorschriften der Army, die Reduzierung der Geheimgefängnisse der CIA, die Schließung des Gefangenenlagers in der Guantánamo Bay auf Kuba innerhalb eines Jahres und ein vorläufiger Stopp der Verfahren vor der Militärkommission versprochen wurden.

Aber in den letzten Wochen haben sich diese (erfreulichen) Aussichten wieder eingetrübt.

Bei der (im Kongress) zur Bestätigung ihrer Ernennung durchgeführten Anhörung, sagte die als Generalstaatsanwältin vorgeschlagene Elena Kagan, dass jemand, der verdächtigt werde, zur Finanzierung Al-Qaidas beizutragen, dem Kriegsrecht unterworfen und ohne Gerichtsverfahren unbegrenzt inhaftiert werden solle – auch dann, wenn er auf den Philippinen und nicht in einer Kampfzone gefasst worden sei.

Frau Kagans Plädoyer für eine großzügige Interpretation des Begriffes "Kriegsrecht" wurde unterstützt von Bemerkungen des als Justizminister vorgeschlagenen Eric H. Holder Jr. bei seiner eigenen Bestätigungsanhörung, und sie deckt sich mit einer von Bushs Kernpositionen. Bürgerrechtsgruppen hingegen fordern, dass sogar Leute, die in Kampfzonen verhaftet werden, nur nach einem Gerichtsverfahren eingesperrt werden dürfen.

Außerdem öffnete der als CIA-Direktor vorgeschlagene Leon E. Panetta ein Schlupfloch in Obamas einschränkenden Vorschriften für Verhöre. In seiner Anhörung sagte Panetta, wenn die genehmigten Techniken "nicht ausreichen", um einen Häftling zur Enthüllung von Detailkenntnissen zu bringen, die er über einen vermuteten Anschlag haben könnte, sei er für "zusätzliche Befugnisse".

Panetta betonte aber, dass der Präsident Antifolter-Bestimmungen nicht einfach umgehen könne, wie Rechtsberater Bushs behauptet hatten. Und er sagte auch, dass "Waterboarding" – eine Technik, die Ertränken vortäuscht und unter Bush als legal angesehen wurde – als Folter anzusehen sei.

Nach Panettas Meinung soll es der CIA weiterhin erlaubt sein, ihre Praxis der "außergewöhnlicher Verschleppungen" ("extraordinary renditions" im Original) fortzusetzen, bei der ihre Agenten Terrorverdächtige ergreifen und etwas außerhalb der Legalität und ohne Auslieferungsverfahren in andere Länder entführen.

Vor der Amtszeit der Bush-Administration wurden im Rahmen dieses Programms ausgewählte Verdächtige vor allem in ihre Heimatländer gebracht, damit man ihnen dort den Prozess machen konnte. Während der neunziger Jahre (des letzten Jahrhunderts) sollen nur einzelne Verschleppte nach dem Transfer misshandelt worden sein; unter Bush wurde es allerdings üblich, die Entführten in dritte Staaten zu bringen, die ohne Anklage bei Verhören gefoltert haben sollen.

Panetta sagte, dass die CIA auch weiterhin Entführte in Drittländer verbringen könne, wenn diese auf diplomatische Wege versicherten, die Gefangenen gut zu behandeln. Diese Schutzbehauptung, die Kritiker für wertlos halten, war auch schon unter der Bush-Regierung benutzt worden.

Craig bemerkte noch, dass Obama sich entschieden habe, "den bestehenden Zustand nicht sofort zu ändern", aber eine Sonderkommission prüfen lasse, welche Bedeutung "die Verschleppungs-Praxis für die Verpflichtung habe, das Land schützen zu müssen".

Er bat um Geduld, weil die Regierung alle Programme überprüfen müsse, die sie von Bush geerbt habe. Craig ergänzte, dieser Prozess habe sofort nach der Wahl begonnen, als Militärs und führende CIA-Vertreter zu einem längeren Informationsgespräch mit Obama und seinen Sicherheitsberatern nach Chicago geflogen seien. Obama entsandte dann seine Berater in das CIA-Hauptquartier, "um prüfen zu lassen, wie die unter der Bush-Administration üblichen Praktiken am besten fortgesetzt werden könnten".

Bürgerrechtsgruppen loben immer noch Obamas erste Ankündigungen zu Fragen der nationalen Sicherheit, sind aber enttäuscht über die bisherigen Entwicklungen.

Zum Beispiel teilte Obamas Justizministerium letzte Woche einem Berufungsgericht mit, dass sich die Bush-Administration zu Recht auf den Schutz von "Staatsgeheimnissen" berufen hat, als sie die Beendigung eines Verfahrens anordnete, das ehemalige CIA-Häftlinge angestrengt hatten, weil eine Boeing-Tochtergesellschaft sie zu Orten geflogen habe, wo sie gefoltert wurden.

Margaret Satterthwaite, Dekanin am Menschenrechtszentrum der juristischen Fakultät der New York University sagte: "Man hat einfach Bushs Argumentation wieder aufleben lassen – es waren genau die gleichen juristischen Argumente, welche die Bush-Administration schon zu Beginn dieses Verfahrens benutzt hatte."

Craig teilte dazu mit, (Justizminister) Holder und andere hätten den Fall überprüft und seien zu dem Schluss gekommen, "dass es aus Gründen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt und notwendig" gewesen sei, sich der Auffassung der Vorgänger-Regierung anzuschließen. Holder habe bereits eine Überprüfung aller offenen Verfahren aus der Bush-Ära angeordnet, in denen "Staatsgeheimnisse" eine Rolle spielten, ließ Craig wissen. Deshalb sollte nicht zu viel in diesen einen Fall hineingelesen werden.

"Jeder Präsident, den ich bisher erlebt habe, hat sich schon einmal auf sein Privileg zum Schutz von Staatsgeheimnissen berufen," sagte Craig. "Die Annahme, wir hätten Bushs Sicht der Dinge übernommen, weil auch wir das in diesen Fall getan haben, ist ein Irrtum."

Diese Entscheidung hat aber trotzdem Aufmerksamkeit bei einer Gruppe von Abgeordneten beider Parteien hervorgerufen. Zwei Tage nach der Verhandlung vor dem Berufungsgericht legten sie einen Gesetzentwurf vor, mit dem verhindert werden soll, dass künftig unter Berufung auf den Schutz von Staatsgeheimnissen Verfahren gekippt werden können, weil spezielle Beweismittel zurückgehalten werden.

Die neue Regierung hat sich bisher auch geweigert, Position in mehreren Fällen zu beziehen, in denen sie sich für oder gegen Praktiken der Bush-Ära hätte aussprechen müssen, und zwar bei der Inhaftierung "feindlicher Kämpfer" auf dem Territorium der USA ohne Gerichtsverfahren, in Fällen, in denen das Recht auf Information über Verhör- oder Überwachungsmethoden eingeklagt wurde, und in einem Rechtsstreit zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress über die verhinderte Vorladung von Bush-Mitarbeitern im Zusammenhang mit der Entlassung von Staatsanwälten.

Bezug nehmend auf den Streit um die Befugnisse der Exekutive, sagte Craig: "Der Präsident hat sehr viel Verständnis für diejenigen, die herausfinden wollen, was da eigentlich abgelaufen ist. Aber als Präsident der Vereinigten Staaten möchte er auch nichts tun, was die Stellung des Präsidenten untergraben oder schwächen würde. Deshalb fordert er beide Seiten dazu auf, sich in dieser Frage zu einigen."

Die jüngsten politischen Schachzüge der neuen Regierung wurden von Unterstützern der Bush-Administration freudig begrüßt. Letzten Freitag war auf der Herausgeberseite des WALL STREET JOURNALS zu lesen: "Es scheint so, als werde die Antiterror-Politik der Bush-Administration neu legitimiert, da Obamas Team Aspekte der Terrorbekämpfung Bushs einfach übernimmt".

Anthony D. Romero, der geschäftsführende Direktor der American Civil Liberties Union / ACLU (der amerikanischen Vereinigung für Bürgerrechte), sagte, infolge der "enttäuschenden" jüngsten Ereignisse wachse die Besorgnis, dass Obama dazu übergehe, "einige der problematischsten Aktivitäten der Präsidentschaft Bushs einfach fortzusetzen."

Obama hat sich schon vorher mit liberalen Bürgerrechtlern angelegt. Im Juli letzten Jahres stimmte er dafür, das Abhören von Telefonaten und das Mitlesen von E-Mails ohne richterliche Anordnung zu erlauben. Während die ACLU sagt, dass diese Aktivitäten nach wie vor verfassungswidrig sind, hat die Gesetzgebung die juristischen Hindernisse gegen einen der umstrittensten Aspekte der Antiterrorstrategie Bushs weitgehend beseitigt.

"Wir haben Bushs Vorgehen mit am fundiertesten und lautstärksten kritisiert," sagte Craig. "Deshalb hat es auch eine dramatische Richtungsänderung gegeben."

(Wir haben den Artikel, dessen letzter Satz dem vorher Ausgeführten diametral widerspricht, komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Nach den am 11. September 2001 auf die Zwillingstürme des World Trade Centers und das Pentagon verübten Anschlägen machte die Bush-Administration umgehend "Al-Qaida-Terroristen" dafür verantwortlich und rief den weltweiten "Krieg gegen den Terror" aus.

Von dem äußerst widersprüchlichen offiziellen Untersuchungsbericht der US-Behörden, der diese Bush-These zu den Anschlägen bestätigen sollte, haben sich inzwischen sogar die beiden Vorsitzenden der "9/11 Commission" distanziert (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP00408_090108.pdf). Die Aussagen US-amerikanischer Kritiker, die ganz andere "Täter" vermuten und davon ausgehen, dass die Bush-Administration und ihre Hintermänner "9/11" selbst inszeniert haben, um einen Vorwand für ihre lange vorher geplanten völkerrechtswidrigen Angriffskriege im Mittleren Osten zu haben, können sie noch einmal in folgenden LUFTPOST-Ausgaben nachlesen:

*http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP08906_270806.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP09806_100906.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP00107_010107.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP06107_140307.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP08707_080407.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP19107_110907.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP19707_200907.pdf ,
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP00108_010108.pdf und
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP16808_140908.pdf .*

Wenn Obama wirklich einen echten "Wandel" der auf Lügen, Betrug und inszenierten Verbrechen beruhenden Bush-Politik wollte, müsste er mit einer erneuten unabhängigen Un-

tersuchung der Anschläge des 11. Septembers 2001 beginnen. Die Absicht, das zu tun, hat er bisher nicht bekundet. Sogar die NEW YORK TIMES, stellt fest, dass er ganz im Gegenteil die mit diesen Anschlägen begründete Politik der Bush-Administration in allen wesentlichen Bereichen fortzusetzen gedenkt.

Obama wird weder die eingeschränkten US-Bürgerrechte wieder herstellen, noch die Verbrechen der Bush-Administration untersuchen oder gar ahnden lassen. Auch die gerade angeordnete Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan um 17.000 Soldaten und die Aufforderung an die NATO-Partner, ebenfalls mehr Soldaten in diesen völkerrechtswidrigen Krieg zu schicken, zeigen dass seine Wähler in den USA und seine Bewunderer in Europa auf einen weiteren Schwindler hereingefallen sind, der nur deshalb an die Macht gehievt wurde, damit die alte Bush-Politik unter neuem Etikett fortgesetzt werden kann.

The New York Times

February 18, 2009

Obama's War on Terror May Resemble Bush's in Some Areas

By CHARLIE SAVAGE

WASHINGTON — Even as it pulls back from harsh interrogations and other sharply debated aspects of George W. Bush's "war on terrorism," the Obama administration is quietly signaling continued support for other major elements of its predecessor's approach to fighting Al Qaeda.

In little-noticed confirmation testimony recently, Obama nominees endorsed continuing the C.I.A.'s program of transferring prisoners to other countries without legal rights, and indefinitely detaining terrorism suspects without trials even if they were arrested far from a war zone.

The administration has also embraced the Bush legal team's arguments that a lawsuit by former C.I.A. detainees should be shut down based on the "state secrets" doctrine. It has also left the door open to resuming military commission trials.

And earlier this month, after a British court cited pressure by the United States in declining to release information about the alleged torture of a detainee in American custody, the Obama administration issued a statement thanking the British government "for its continued commitment to protect sensitive national security information."

These and other signs suggest that the administration's changes may turn out to be less sweeping than many had hoped or feared — prompting growing worry among civil liberties groups and a sense of vindication among supporters of Bush-era policies.

In an interview, the White House counsel, Gregory B. Craig, asserted that the administration was not embracing Mr. Bush's approach to the world. But Mr. Craig also said President Obama intended to avoid any "shoot from the hip" and "bumper sticker slogans" approaches to deciding what to do with the counterterrorism policies he inherited.

"We are charting a new way forward, taking into account both the security of the American people and the need to obey the rule of law," Mr. Craig said. "That is a message we would give to the civil liberties people as well as to the Bush people."

Within days of his inauguration, Mr. Obama thrilled civil liberties groups when he issued

executive orders promising less secrecy, restricting C.I.A. interrogators to Army Field Manual techniques, shuttering the agency's secret prisons, ordering the prison at Guantánamo Bay, Cuba, closed within a year and halting military commission trials.

But in more recent weeks, things have become murkier.

During her confirmation hearing last week, Elena Kagan, the nominee for solicitor general, said that someone suspected of helping finance Al Qaeda should be subject to battlefield law — indefinite detention without a trial — even if he were captured in a place like the Philippines rather than in a physical battle zone.

Ms. Kagan's support for an elastic interpretation of the "battlefield" amplified remarks that Attorney General Eric H. Holder Jr. made at his own confirmation hearing. And it dovetailed with a core Bush position. Civil liberties groups argue that people captured away from combat zones should go to prison only after trials.

Moreover, the nominee for C.I.A. director, Leon E. Panetta, opened a loophole in Mr. Obama's interrogation restrictions. At his hearing, Mr. Panetta said that if the approved techniques were "not sufficient" to get a detainee to divulge details he was suspected of knowing about an imminent attack, he would ask for "additional authority."

To be sure, Mr. Panetta emphasized that the president could not bypass antitorture statutes, as Bush lawyers claimed. And he said that waterboarding — a technique that induces the sensation of drowning, and that the Bush administration said was lawful — is torture.

But Mr. Panetta also said the C.I.A. might continue its "extraordinary rendition" program, under which agents seize terrorism suspects and take them to other countries without extradition proceedings, in a more sweeping form than anticipated.

Before the Bush administration, the program primarily involved taking indicted suspects to their native countries for legal proceedings. While some detainees in the 1990s were allegedly abused after transfer, under Mr. Bush the program expanded and included transfers to third countries — some of which allegedly used torture — for interrogation, not trials.

Mr. Panetta said the agency is likely to continue to transfer detainees to third countries and would rely on diplomatic assurances of good treatment — the same safeguard the Bush administration used, and that critics say is ineffective.

Mr. Craig noted that while Mr. Obama decided "not to change the status quo immediately," he created a task force to study "rendition policy and what makes sense consistent with our obligation to protect the country."

He urged patience as the administration reviewed the programs it inherited from Mr. Bush. That process began after the election, Mr. Craig said, when military and C.I.A. leaders flew to Chicago for a lengthy briefing of Mr. Obama and his national security advisers. Mr. Obama then sent his advisers to C.I.A. headquarters to "find out the best case for continuing the practices that had been employed during the Bush administration."

Civil liberties groups praise Mr. Obama's early executive orders on national security, but say other signs are discouraging.

For example, Mr. Obama's Justice Department last week told an appeals court that the

Bush administration was right to invoke “state secrets” to shut down a lawsuit by former C.I.A. detainees who say a Boeing subsidiary helped fly them to places where they were tortured.

Margaret Satterthwaite, a faculty director at the human rights center at the New York University law school, said, “It was literally just Bush redux — exactly the same legal arguments that we saw the Bush administration present to the court.”

Mr. Craig said Mr. Holder and others reviewed the case and “came to the conclusion that it was justified and necessary for national security” to maintain their predecessor’s stance. Mr. Holder has also begun a review of every open Bush-era case involving state secrets, Mr. Craig said, so people should not read too much into one case.

“Every president in my lifetime has invoked the state-secrets privilege,” Mr. Craig said. “The notion that invoking it in that case somehow means we are signing onto the Bush approach to the world is just an erroneous assumption.”

Still, the decision caught the attention of a bipartisan group of lawmakers. Two days after the appeals court hearing, they filed legislation to bar using the state-secrets doctrine to shut down an entire case — as opposed to withholding particular evidence.

The administration has also put off taking a stand in several cases that present opportunities to embrace or renounce Bush-era policies, including the imprisonment without trial of an “enemy combatant” on domestic soil, Freedom of Information Act lawsuits seeking legal opinions about interrogation and surveillance, and an executive-privilege dispute over Congressional subpoenas of former White House aides to Mr. Bush over the firing of United States attorneys.

Addressing the executive-privilege dispute, Mr. Craig said: “The president is very sympathetic to those who want to find out what happened. But he is also mindful as president of the United States not to do anything that would undermine or weaken the institution of the presidency. So for that reason, he is urging both sides of this to settle.”

The administration’s recent policy moves have attracted praise from outspoken defenders of the Bush administration. Last Friday, The Wall Street Journal’s editorial page argued that “it seems that the Bush administration’s antiterror architecture is gaining new legitimacy” as Mr. Obama’s team embraces aspects of Mr. Bush’s counterterrorism approach.

Anthony D. Romero, executive director of the American Civil Liberties Union, said the sequence of “disappointing” recent events had heightened concerns that Mr. Obama might end up carrying forward “some of the most problematic policies of the Bush presidency.”

Mr. Obama has clashed with civil libertarians before. Last July, he voted to authorize eavesdropping on some phone calls and e-mail messages without a warrant. While the A.C.L.U. says the program is still unconstitutional, the legislation reduced legal concerns about one of the most controversial aspects of Mr. Bush’s antiterror strategy.

“We have been some of the most articulate and vociferous critics of the way the Bush administration handled things,” Mr. Craig said. “There has been a dramatic change of direction.”